

V1 Jung, Akademisch, Prekär - Solidarität mit der TVStud Kampagne

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 03.04.2023
Tagesordnungspunkt: 10.1. Resolutionen

Antragstext

Fast 40% aller Studierenden und über 75% der Studis, die alleine oder in WGs wohnen, sind armutsgefährdet. Das bedeutet: jeden Monat fragt sich ein Großteil der Studierenden, wie sie trotz Nebenjob über die Runden kommen, wie sie die kaputte Waschmaschine ersetzen sollen, und wie sie an Geld kommen um die Gasrechnung zu bezahlen. Nudeln mit Pesto zum vierten Mal in der Woche sind kein Lifestyle, sondern Armut.

Ein Job an der Hochschule, also beim Staat, sollte eigentlich dabei helfen, diese prekären Zustände zu beenden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Studentisch Beschäftigte hängen in Kettenbefristungen mit kurzen Vertragslaufzeiten, viele arbeiten unbezahlt, wenn sie krank sind oder ohne Vertrag, machen Überstunden und nehmen den Urlaub, der ihnen zusteht, nicht - und am Ende des Monats verdienen sie in Niedersachsen im Schnitt 346,20€. Das reicht noch nicht mal für ein WG-Zimmer. Fast 80% der studentisch Beschäftigten, die in der Studie "Jung, akademisch, prekär" befragt wurden, sind arm. Statt gerecht bezahlt zu werden, sollen sie dankbar für die Arbeitserfahrung, die sie sammeln dürfen, sein. Aber Erfahrungen zahlen keine WG-Zimmer, sichern keine gesellschaftliche Teilhabe und sind erst recht kein Argument gegen faire Löhne und Arbeiter*innenrechte!

Wissenschaftsbetrieb für Alle!

Ein Job als studentische Assistenz oder Tutor*in ist eine wichtige Tür in den Wissenschaftsbetrieb. Doch diese Tür bleibt vielen verschlossen. Nur etwa ein Drittel der Jobs werden über formelle Ausschreibungen besetzt. Der Großteil wird etwa von Professor*innen angesprochen oder erfährt durch Mundpropaganda von der offenen Stelle. Dabei haben Frauen, Genderqueers, migrantisierte Personen und Kinder von Eltern mit formal niedrigeren Bildungsabschlüssen häufig das Nachsehen. Darüber hinaus muss man es sich erst einmal leisten können, studentisch beschäftigt zu sein, denn das bedeutet lange Wartezeiten auf den Vertrag inklusive Bezahlung, nachdem die eigentliche Beschäftigung angefangen hat, hohe Unsicherheit durch kurze Vertragslaufzeiten und ein Gehalt nur knapp über dem Mindestlohn. Viele, die nicht über das Elternhaus finanziell abgesichert sind, können sich das alles nicht leisten. Die Weigerung der Länder als Arbeitgeber, studentische Beschäftigung in einen Tarifvertrag zu überführen, trägt zur Ungerechtigkeit in Bildung und Wissenschaft maßgeblich bei.

Unsere Antwort lautet Arbeitskampf!

All das zeigt uns: Akademiker*innen sind Teil der arbeitenden Klasse. Gerade halten die bundesweit mehr als 300.000 studentischen Beschäftigten den unterfinanzierten Wissenschaftsbetrieb am Laufen. Dabei nutzt der Staat als Arbeitgeber die Beschäftigten systematisch aus und unterwandert Arbeitnehmer*innenrechte. Bei der Ausnahmeregelung für studentische Beschäftigte handelt es sich um die größte Tariflücke in der öffentlichen Hand. Wir nehmen Armut, prekäre Arbeitsbedingungen und unfaire Auswahlprozesse nicht länger hin.

41 Jetzt oder nie! 2023 erkämpfen wir den Tarifvertrag

42 Im Oktober 2023 startet die Tarifrunde der Länder. Hier muss endlich die
43 Tarifierung der studentischen Beschäftigungsverhältnisse erfolgen. Doch die
44 letzten 30 Jahre studentischen Arbeitskampfes zeigen uns: Der gerechte
45 Tarifvertrag und die demokratische Mitbestimmung werden uns nicht geschenkt.

46 Als GRÜNE JUGEND Niedersachsen solidarisieren wir uns als Gesamtverband mit den
47 Beschäftigten in ihrem Kampf um einen berechtigten und längst überfälligen
48 Tarifvertrag im Rahmen der bundesweiten Kampagne zum TVStud. Unsere Solidarität
49 wird praktisch: Wenn an den Hochschulen in Niedersachsen gestreikt wird, dann
50 stehen wir mit unseren Kreisverbänden und Ortsgruppen Seite an Seite mit den
51 Streikenden. Dazu werden wir uns systematisch mit den TVStud-Gruppen vor Ort
52 vernetzen und unsere Unterstützung anbieten. Egal ob, Teilnahme an Streik-Demos,
53 Banneraktionen, öffentliche Unterstützung und Pressearbeit, die
54 Bereitstellung unserer Ressourcen und Infrastruktur oder das Kaffee-Kochen am
55 Streiktag - die Beschäftigten können auf unsere Solidarität zählen!

56 Wir fordern die Landesregierung auf, in der Tarifrunde der Länder ernsthafte
57 Unterstützung für einen bundesweiten Tarifvertrag zu zeigen und ihr Versprechen
58 zur Einrichtung eines TVStud in Niedersachsen aus dem Koalitionsvertrag
59 einzuhalten. Die Landesregierungen haben als Arbeits- und Gesetzgeber eine
60 besondere Verantwortung. Dieser müssen sie jetzt nachkommen.

61 Get organized to strike!

Begründung

erfolgt mündlich